

Warming Stripes by Ed Hawkins - "weltweiter Durchschnitt, <https://svs.gsfc.nasa.gov/13142>

Act now! **CO₂-Bepreisung**

3 | Ist es gerecht, dass ein CO₂-Preis die Verursacher trifft?

KURZE ANTWORT:

Der CO₂-Preis stützt sich auf das „Verursacherprinzip“: Wer einen Schaden verursacht hat, der muss auch dafür aufkommen.

Im übertragenen Sinn ist er eine „Abfallgebühr“ für das Deponieren von Treibhausgasen in der „atmosphärischen Müllhalde“.

Mit einem CO₂-Preis werden Bürger*innen sowie Unternehmen also proportional zu ihren CO₂-Emissionen in der Verantwortung genommen.

Da ein umfassender CO₂-Preis alle emissionsintensiven Aktivitäten gleichbehandelt (z.B. Heizen, Autofahren), verhält er sich neutral gegenüber den verschiedenen Lebensentwürfen der Bürgerinnen und Bürger. Teil dieser „Neutralität“ ist auch, den Verbraucher*innen die Entscheidung zu überlassen, wie sie auf den CO₂-Preis reagieren wollen.

Wenn einige Bürger*innen lieber höhere CO₂-Preise zahlen möchten als ihr Verhalten zu ändern, werden sie über den CO₂-Preis, auf gerechte Weise in die Verantwortung genommen.

AUSFÜHRLICH:

Ein CO₂-Preis spiegelt die umweltethische Vorstellung wieder, dass die direkten Verursacher eines Umweltproblems in der moralischen Verantwortung stehen, die daraus resultierenden Schäden zu korrigieren. (Caney 2005) ¹

Dieses „Verursacherprinzip“, wird durch die Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung (OECD) und der EU als Grundsatz zur Haftung und Regulierung von Umweltschäden anerkannt und genießt auf internationaler Ebene breite Anerkennung. (Schwartz 2010) ²

Jede emittierte Tonne CO₂ trägt zum Klimawandel bei und verursacht somit Schäden. Wenn Akteure, die direkt CO₂ emittieren oder die mittelbar dafür verantwortlich sind, einen CO₂ Preis bezahlen, tragen sie (mind. einen Teil der) Kosten, die durch die Emissionen entstehen.

Ein CO₂-Preis setzt also das Verursacherprinzip um, indem er die gesellschaftlichen Kosten der Emissionen in dem Preis emissionsintensiver Güter abbildet.

Im Falle der CO₂-Bepreisung kann das Verursacherprinzip daher als vorwärtsgewandtes Gerechtigkeitsprinzip verstanden werden. (Hayward 2012) ³

Durch die Zahlung eines höheren Preises ist die rationale Entscheidung von Firmen und Haushalten, entweder CO₂-Preise zu zahlen oder weniger zu emittieren so, dass sie die gesellschaftlichen Kosten abbildet.

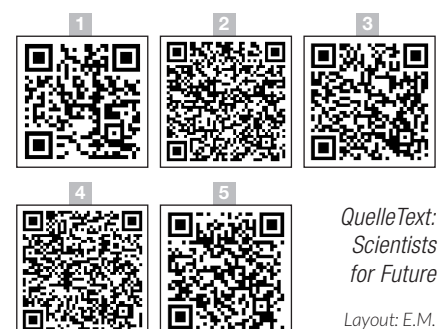
Sie stützt sich auch auf den Grundsatz der Gleichbehandlung: Im Falle einer gesamtwirtschaftlichen Abdeckung werden alle wirtschaftlichen Aktivitäten im gleichen Maße proportional zu ihrer Emissionsintensität belangt. Damit sichert ein CO₂-Preis politische Neutralität zu verschiedenen Lebensentwürfen und Konsummustern.

Teil dieser liberalen Neutralität ist die Erhaltung der Autonomie der Konsumentinnen und Konsumenten.

Diese können gemäß ihren Präferenzen entscheiden, ob sie in Reaktion auf den CO₂-Preis ihr Verhalten anpassen oder bestimmte Konsummuster zu relativ höheren Preisen aufrechterhalten möchten (Caney und Hepburn 2011). ⁴

Bei der konkreten Implementierung können weitere ethische Bedenken, insbesondere in Bezug auf die Verteilungsgerechtigkeit, Berücksichtigung finden. (Shue1993) ⁵ argumentiert, dass Bürgerinnen und Bürger ein unantastbares Recht auf die Erfüllung essentieller Bedürfnisse haben, selbst wenn diese emissionsintensiv sind.

Solche Grundrechte wiegen also, wenn man sich diesem Argument anschließt, höher als Verpflichtungen gemäß dem Verursacherprinzip. Verteilungspolitische Bedenken können in der konkreten Ausgestaltung eines CO₂-Preisinstrumentes jedoch zum Beispiel durch die gezielte Rückverteilung der Einnahmen berücksichtigt werden. (Caney u. Hepburn 2011) ⁴



QuelleText:
Scientists
for Future

Layout: E.M.